

Niederschrift

über die **3. Sitzung des Hauptausschusses** am Montag, dem **17.05.2010** um 17.00 Uhr im Sitzungssaal des Hauses **Burgstraße 8**.

Anwesend:	Dr. Josef Korsten	Vorsitzender
	Olaf Jung	als Vertreter für Dietmar Busch
	Rolf Schäfer	
	Rolf Schulte	
	Christian Viebach	
	Dr. Jörg Weber	
	Thomas Klee	bis 19.10 Uhr (während TOP 15)
	Heide Nahrgang	
	Dietmar Stark	bis 19.10 Uhr (während TOP 15)
	Annette Pizzato	
	Bernd Rüggeberg	
	Ursula Brandt	als Vertreterin für Eric Hoffmann
	Klaus Haselhoff	
	Rolf Ebbinghaus	als Vertreter für Dr. Axel Michalides

es fehlt: Tobias Ronsdorf

Von der Verwaltung:	Ute Butz	
	Ulrich Dippel	
	Georg Fenske	
	Julia Gottlieb	
	Rainer Meskendahl	
	Frank Nipken	
	Rolf Voß	bis 18.30 Uhr (TOP 11)
	Christoph Grimlowski	Schriftführer

Tagesordnung (Öffentlicher Teil)

1. Niederschrift über die 2. Sitzung des Hauptausschusses vom 02.03.2010 (öffentlicher Teil)
2. Einrichtung eines Abwassereigenbetriebes
hier: Antrag der AL-Fraktion vom 05.03.2010
3. Schließdienste
hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 16.02.2010
4. Shared Services
hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 16.02.2010
5. Nutzung städtischer Veranstaltungsräume durch Dritte

- hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 16.02.2010
6. Fortbildungsangebot der Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter der Stadtverwaltung
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 25.02.2010
7. Vergabe von Ingenieurverträge
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 25.02.2010
8. Gerichtsverfahren bei der Stadt Radevormwald
9. Dienstanweisungen für die Finanzbuchhaltung und für die Handvorschusskassen
10. Neufassung der Satzung zur Durchführung von Bürgerentscheiden in der Stadt Radevormwald
11. Mitteilungen und Fragen

(Nichtöffentlicher Teil)

12. Niederschrift über die 2. Sitzung des Hauptausschusses vom 02.03.2010 (nichtöffentlicher Teil)
13. Vertrag über die Abfallentsorgung
14. Grundstücksangelegenheiten: Zusammenstellung vermarktbarer städt. Grundstücke
hier: FDP-Antrag vom 16.02.2010
15. Darlegung von Verträgen der Stadt Radevormwald mit Dritten
hier: FDP-Antrag vom 16.02.2010
16. Personalangelegenheiten
a) Anerkennung von ruhegehaltstfähigen Dienstzeiten
b) Versetzung in den Ruhestand
c) Beförderung
17. Stundung von Kanalanschlussbeiträgen
18. Mitteilungen und Fragen

Der Bürgermeister eröffnet um 17.00 Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt nach § 8 der Geschäftsordnung die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlußfähigkeit fest.

Im Hinblick auf die am 18.05.2010 stattfindende Ratssitzung und die aus diesem Grund noch am heutigen Abend stattfindenden Fraktionssitzungen einigen sich die Ausschussmitglieder einvernehmlich darauf, den TOP 5 in der heutigen Sitzung nicht zu behandeln.

1. Niederschrift über die 1. Sitzung des Hauptausschusses vom 02.03.2010 (öffentlicher Teil)

Der Hauptausschuss nimmt die Niederschrift zur Kenntnis.

**2. Einrichtung eines Abwassereigenbetriebes
hier: Antrag der AL-Fraktion vom 05.03.2010**

Herr Ebbinghaus erläutert, dass der Zweck des Antrages sei, Quersubventionierungen abzuschaffen, eine höhere Transparenz zu schaffen und den Bürger, der nach seiner Meinung mehrfach belastet wird, vor unsachgemäß hohen Gebühren zu bewahren.

Er geht auf das im Jahre 1999 von der Fa. Heilmeier und Partner erstellte Gutachten ein; dieses sollte in den Fraktionen erneut beraten werden.

Herr Meskendahl entgegnet, dass sich durch die Umwandlung des Regiebetriebes in einen Eigenbetrieb eine erhebliche Auswirkung auf den Haushalt ergeben würde.

Er führt aus, dass grundsätzlich zwar jede der beiden Organisationsformen möglich sei, ein Eigenbetrieb aber den städtischen Haushalt durch Einnahmenentzug belasten würde.

Herr Meskendahl weist darauf hin, dass vor einem entspr. Beschluss dem Ausschuss zunächst zusätzliche Informationen verschafft werden müssten als Einstieg in intensivere Gespräche zu der Thematik.

Herr Rüggeberg erklärt, dass er hinsichtlich der kalkulatorischen Zinsen und Abschreibungen die Auffassung von Herrn Ebbinghaus teile. Nach seiner Auffassung muss letztendlich einem Eigenbetrieb die Abwassergebühr kostendeckend in Rechnung gestellt werden.

Herr Rüggeberg erklärt für die FDP-Fraktion, dass diese einem Eigenbetrieb nicht zustimmen wird.

Herr Ebbinghaus sieht jedoch einen Zusammenhang zwischen Abwasserpreis und der Organisationsform Eigenbetrieb. Nach seiner Auffassung dienen Abschreibungen nicht zur Deckung der Kosten, sondern verschwinden im Haushalt mit dem Effekt, dass der Bürger tendenziell zu viel zahlen muss. Er vermutet, dass derzeit kein effizientes Verfahren der Rechnungslegung verwendet wird und betont erneut, dass beim Modell Eigenbetrieb die Kosten in der Zukunft weniger stark ansteigen würden.

Herr Meskendahl erklärt, dass die im Rahmen der Einführung der Niederschlagsgebühr erfolgte Prüfung ergeben hat, dass die derzeit praktizierte Abschreibung vom Wiederbeschaffungszeitwert korrekt sei.

Die Ausschussmitglieder einigen sich darauf, die Thematik in den Fraktionen ausgiebig zu beraten.

**3. Schließdienste
hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 16.02.2010**

Frau Gottlieb erläutert die Verwaltungsvorlage und macht Angaben zu den dort vorgelegten Preisvergleichen hinsichtlich des Schließdienstes für die Objekte Gartenhaus, Öffentliche Toilette Busbahnhof, Öffentliche Toilette Oststraße sowie Rathaus. Sie zeigt auf, dass die Kosten sowohl für geringfügig Beschäftigte als auch für eigenes Personal über denen des derzeit mit dem Schließdienst betrauten Unternehmens liegen würden. Herr Rüggeberg wirft der Verwaltung vor, zu viele Aufgaben zu vergeben und erklärt, dass ein Handeln beim Outsourcing dringend notwendig sei.

Er fragt nach, warum in der vorliegenden Berechnung nur ein Gesamtbetrag von ca. 8.000 € angegeben sei, im Haushalt aber ca. 10.000 €.

Frau Gottlieb führt aus, dass die Abweichung in einer dieser Kostenstelle buchhalterisch falschen Zuordnung von Auszahlungen (von Kleinstsummen eines anderen Bereichs) begründet ist.

Herr Rüggeberg bittet die Verwaltung, mit der Fa. Schulten zu klären, ob das Schließen der Gebäude – in denen ohnehin Mitarbeiter aufgrund der Reinigung anwesend sind – nicht kostenneutral erfolgen könnte. Weiterhin soll geprüft werden, ob nicht eine öffentliche Toilette (z.B. Busbahnhof) geschlossen werden kann und ob Fahrer des Bürgerbusses oder Mitarbeiter des Bürgerhauses (Bücherei) den Schließdienst für die öffentliche Toilette am Busbahnhof übernehmen können.

4. Shared Services

hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 16.02.2010

Herr Dr. Korsten erläutert den Entwurf der Verwaltung. Er erklärt, dass die öffentlich-rechtliche Vereinbarung zum Zentralen Gebäudemanagement sich derzeit zur Prüfung bei der Kommunalaufsicht befindet.

Er geht auf das Gutachten von Professor Deckert ein, nach dem bei der Gebäudewirtschaft ein gemeinschaftliches Einsparungspotenzial in Höhe von 650.000 €/Jahr für die vier Kommunen zu erzielen sei; das gemeinsame Einsparpotenzial beim Zentralen Forderungsmanagement liegt bei ca. 300.000 €/Jahr für vier Kommunen.

Herr Viebach stellt mehrere Fragen zum Thema an den Bürgermeister, der erklärt, dass er sich entspr. Fragen gerne früher gewünscht hätte; solche Fragen hätten in der Einführungsphase von „Shared Services“ an Prof. Deckert gestellt werden können.

Nach seiner Auffassung hat die Verwaltung den Auftrag zur Umsetzung des Projektes erhalten.

Die Frage von Herrn Viebach nach einer realistischen Einschätzung der Einsparungen beantwortet Herr Dr. Korsten dahingehend, dass er diese nicht einzuschätzen vermag und daher keine andere Zahlen als die des Gutachtens nennen kann. Er sieht die Vorteile der Zentralisierung in der Bündelung von Aufgaben, in der gemeinsamen Nutzung von Software, in gemeinsamen Ausschreibungen und in der Entwicklung gemeinsamer Strategien, kann jedoch nicht versichern, dass die von Prof. Deckert genannten Zahlen in voller Höhe zutreffen werden.

Eine entspr. Frage von Herrn Viebach hinsichtlich des Verbleibs des Personals bei einer Beendigung des Projektes erwidert Herr Dr. Korsten dahingehend, dass in einem solchen Fall die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die einzelnen Kommunen zurück gehen würden.

Nach Meinung von Herr Rüggeberg werden durch das Projekt Kosten eingespart; außerdem war der seinerzeitige Ratsbeschluss einstimmig. Zwar solle man noch einmal über das Thema beraten, dem Projekt aber zustimmen.

Herr Viebach bemängelt, dass in dieser Sitzung erstmalig eine schriftliche Vorlage zu der Thematik vorliegt und die damalige Entscheidung ohne Grundlage, lediglich basierend auf nicht klar definierten Aussagen, getroffen worden sei.

Es findet nach seiner Auffassung keine Evaluierung nach klar definierten Kriterien statt, Einspareffekte seien kaum erkennbar, und es seien keine Synergieeffekte klar definiert. Zusätzliche Informationen seitens der Verwaltung sind seiner Meinung nach notwendig.

Herr Ebbinghaus erläutert, dass die AL-Fraktion dem Projekt gegenüber immer kritisch eingestellt war.

Er erkundigt sich nach der realistischen Einschätzung der Einsparungen im Personalbereich,

Herr Dr. Korsten erläutert, dass im Zentralen Gebäudemanagement mit einer Personalreduzierung von 3,3 Stellen gerechnet wird. Diese Reduzierung soll nach und nach erfolgen. Derzeit sind bereits 2 Stellen bekannt, die voraussichtlich im nächsten Jahr entfallen.

Auf eine entspr. Frage von Herrn Ebbinghaus hinsichtlich personalrechtlicher Probleme entgegnet der Bürgermeister, dass das Personal bei den jeweiligen Gemeinden angestellt bleiben, Dienstvorgesetzter ist der Bürgermeister des jeweiligen Dienstortes. Herr Dr. Korsten verweist darauf, dass die Formulierungen in den vorgelegten Verträgen identisch sind mit denen im Vertrag zur Zentralen Vergabestelle.

Eine Entscheidung soll in der nächsten Ratssitzung gefällt werden.

5. Nutzung städtischer Veranstaltungsräume durch Dritte **hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 16.02.2010**

(TOP wird nicht behandelt)

6. Fortbildungsangebot der Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter der Stadtverwaltung **hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 25.02.2010**

Der Bürgermeister verweist auf die der Einladung beigefügten Aufstellung

7. Vergabe von Ingenieurverträge **hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 25.02.2010**

Frau Gottlieb erläutert die vom Dezernat III erstellte Übersicht und verweist dabei auf die Tatsache, dass die Addition der einzelnen Summen je Jahr für sich nicht aussagekräftig ist, da eine Reihe von Projekten (wie z.B. Wülfig, Wasserquintett, 'Neubau Brücken Dahlerau, Turnhalle Wupper) durch Bund und Land gefördert werden und somit auch die Planungsleistungen förderfähig sind.

Sie führt aus, dass lediglich Maßnahmen vergeben werden, die verwaltungsintern entweder aus fachlichen (bei Fachdisziplinen wie z.B. Vermessung, Brandschutz/BS-Technik, Immissionsschutz, Statik, Haustechnik) oder z.T. zeitlichen Gründen (keine Personalressourcen) nicht geleistet werden können.

Die Bemerkung von Frau Pizzato, dass die Vergabe bei der Sanierung der Dehnerhofstraße nicht nachvollziehbar sei, beantwortet Herr Dippel dahingehend, dass dies aufgrund personeller Engpässe in der Verwaltung notwendig geworden sei.

Frau Gottlieb ergänzt, dass die Aufträge zudem entweder über entsprechende Beschlüsse des Bauausschusses gedeckt sind oder sich unterhalb der „30.000 €-Grenze“ (bis dahin freihändige Vergabe nach Preisanfrage) bewegen.

Herr Viebach erklärt, dass die Stadt ein Ausgabeproblem habe. Er geht auf die Gesamtsummen der vergebenen Ingenieurleistungen ein und regt an, zukünftig im Vorfeld eines

Projektes die Maßnahme an sich und deren Umfang kritischer zu beleuchten; dieses gilt insbesondere für zu vergebende Leistungen.

Er bittet abschließend um Überarbeitung der Vorlage. Er möchte in der Übersicht gekennzeichnet sehen, welche Maßnahmen in welcher Höhe gefördert worden sind und was die Verwaltung aus fachlicher Sicht (Qualifikation) selber hätte erledigen können.

8. Gerichtsverfahren bei der Stadt Radevormwald

Herr Dr. Korsten erläutert die Liste und weist darauf hin, dass die meisten dort angeführten Verfahren gewonnen worden sind.

9. Dienstanweisungen für die Finanzbuchhaltung und für die Handvorschusskassen

Der Ausschuss nimmt die Dienstanweisungen zur Kenntnis.

10. Neufassung der Satzung zur Durchführung von Bürgerentscheiden in der Stadt Radevormwald

Herr Dr. Korsten erklärt, dass die Neufassung der Satzung nichts mit dem Bürgerbegehren bzgl. der Grundschule Blumenstraße zu tun hat und die gesetzlich notwendigen Änderungen Verbesserungen für die Bürger mit sich bringen.

Beschlussentwurf:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die beigefügte Neufassung der Satzung zur Durchführung von Bürgerentscheidungen in der Stadt Radevormwald zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

11. Mitteilungen und Fragen

Es liegen keine Mitteilungen oder Fragen vor.

Ende des öffentlichen Teils: 18.30 Uhr